



Bereinigte Gebiete des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Litauen, Ostpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Polen, Niederschlesien, Ostschlesien und Sudetenland
(amtlicher Kurzname: Bereinigte Ostdeutsche Reichsgebiete; amtliches Kürzel: BODR)

Staatsvertretung (Exilregierung) des Deutschen Ostens (StDO)

- Der Staatskanzler -

Pontenburg, 21. Januar 2007
StDO/1/-

/ Einschreiben /
/ Gegen Rückschein /

An den Bundespräsidenten
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Horst Köhler
Bundespräsidialamt

11010 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

zum neuen Jahr - so ist es mittlerweile Tradition im bundesrepublikanischen Politikverständnis - werden aufrüttelnde Ermahnungen ausgesprochen, mehr Verständnis aufzubringen. An wichtigen Beispielen mangelt es dann ebenso wenig, wie an eindringlichen Appellen.

Offensichtlich ist Ihnen eine wichtige Tatsache während Ihrer Amtszeit gänzlich untergegangen, so daß ich mir natürlich lediglich in meiner Eigenschaft als Staatskanzler der Gebiete des Deutschen Ostens im Deutschen Reich (VODR) erlaube, Ihnen das Fortbestehen des Deutschen Reiches ins Gedächtnis zurückzurufen.

Diese Tatsache ist gerichtlich festgeschrieben, und so heißt es u. a. sehr richtig:

"Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist '...'

- 2 -

Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig "... Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht 'Rechtsnachfolger' des Deutschen Reiches '...' Sie beschränkt staatsrechtlich ihre Hoheitsgewalt auf den 'Geltungsbereich des Grundgesetzes'."

(Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 31.07.1973 - 2 BvF 1/73 -).

Nun stehen zum Beginn eines neuen Jahres viele gute Wege offen, so daß es Ihnen unbenommen bleibt, einen ganz neuen Weg einzuschlagen, nämlich den einzig richtigen für einen Politiker, der im Namen und zum Wohle des deutschen Volkes handelt.

Überdies gebietet gerade die Würde des Amtes des Bundespräsidenten mahnende Worte an alle bundesdeutschen Politiker, sich der alten deutschen Tradition zu besinnen, daß Politiker Diener ihres Volkes sind.

Zu diesem Verständnis gehört das Schützen und Bewahren jedweden Grund und Bodens des Deutschen Reiches ebenso wie jedweden Besitzes des deutschen Volkes.

In meiner Eigenschaft als Staatskanzler der Vereinigten Gebiete des Deutschen Ostens im Deutschen Reich (VODR) erlaube ich mir den Hinweis, daß im Falle der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches alle Gebietsabtretungen oder großzügigen Verzichtserklärungen an Grund und Boden von uns nicht anerkannt und ebenso für nichtig erklärt würden wie jedwedes Verschenken oder Überlassen von Volkseigentum (wohlbekannt unter dem Begriff "Privatisierung").

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen die Weisheit des rechten Fingerspitzengefühls in der Ausübung Ihres würdevollen Amtes.

Ich grüße Sie in der Ihnen gebührenden Achtung.

